

Antrag

Initiator*innen: Alexander Preißler

Titel: **Behinderungsforschung nicht hindern:
Wiederaufnahme der Disability Studies an der
Universität zu Köln**

Antragstext

1 Am 03.12.2025 hat die Humanwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln
2 bekanntgegeben, dass die "internationale Forschungsstelle Disability Studies"
3 (iDiS) und die "Professur für Soziologie und Politik der Rehabilitation,
4 Disability Studies" im Zuge weitreichender Streichungen aufgelöst werden sollen.

5 Um die Schließung zu verstehen ist wichtig: Bildung ist grundsätzlich
6 Ländersache. Dabei besteht etwa 80% der Finanzierung von Hochschulen aus der
7 Grundfinanzierung des jeweiligen Bundeslandes. Damit verwalten sich die
8 Universitäten größtenteils selbst. Sie kümmern sich um die Berufung und
9 Bezahlung von Professor*innen, den Gehältern des Personals und die Infrastruktur
10 für Forschung und Lehre.

11 Die Landesregierung NRW plant Kürzungen von 158 Millionen Euro pro Jahr im
12 Hochschulbereich: Bei der jährlichen Grundfinanzierung, die den Hochschulen für
13 die Bezahlung des Personals und die Infrastruktur zustehen, sollen 120 Millionen
14 Euro wegfallen. Dazu kommt eine einmalige Abgabe von 240 Millionen Euro aus den
15 Rücklagen der Hochschulen. Fixkosten, wie Miete und Energie, kann schwer gekürzt
16 werden. Deshalb wird bei Personal und Lehrangebot gespart und 7-8% der Stellen
17 gestrichen. Das führt nicht nur zu weniger Vorlesungen, Unterstützungsangeboten
18 und höheren Studiengebühren, sondern auch zur Streichung von kleineren
19 Studiengängen. Vielfalt im Studienangebot wird abgebaut.

20 In Köln sollen 10 Millionen Euro pro Jahr einspart werden. 60 % davon bei
21

Fakultäten, 40 % bei zentralen Diensten und Verwaltung. Leider wurde damit auch die Streichung der "iDiS" beschlossen.

Diese Streichung kommt nach Ankündigungen, laut denen das "Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung" (ZeDiSPlus) in Hamburg aufgelöst werden soll. Damit bleibt in Deutschland nur noch die Forschungseinrichtung für Disability Studies in Bochum bestehen. 2/3-tel der Forschungskapazität fällt weg!

Was sind Disability Studies?

Disability Studies sind ein transdisziplinäres, international ausgerichtetes und höchst innovatives Forschungsfeld, das traditionelle Sichtweisen auf Behinderung hinterfragt und neue Denkweisen anregt: Im Mittelpunkt steht die Analyse von Behinderung als soziales Phänomen. Ihr Ansatz ist damit gesellschaftskritisch und grundlagentheoretisch angelegt – Behinderung wird nicht als individuelles Defizit verstanden, sondern die gesellschaftlichen Barrieren werden ebenso in den Blick genommen wie die Normierungs- und Normalisierungsprozesse sozialer Ungleichbehandlung.

Seit den frühen 2000er-Jahren sind die aus den internationalen Behindertenbewegungen hervorgegangenen Disability Studies auch im deutschsprachigen Raum an verschiedenen Hochschulen und Universitäten vertreten. Es gibt Forschungsaktivitäten und Lehrangebote, aber es gibt noch keine eigenständigen Studiengänge.

Disability Studies verstehen sich als Querschnittsdisziplin; sie entwickeln neues Wissen, Theorien und Methoden, die weit über den traditionellen Behinderungsdiskurs hinausgehen und den Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ praktisch umsetzen. Zentral ist die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

Warum Disability Studies unverzichtbar sind.

Dieses Forschungsfeld zu erhalten und auszubauen, muss für uns als GRÜNE JUGEND Priorität haben. Wir sind als solidarischer und inklusiver Verband darauf angewiesen, dass Grundlagenforschung zu Inklusion, Partizipation und weiteren Teilen des Behindertendiskurses stattfindet, damit wir unsere Prozesse, unser Zusammenleben im Verband und unsere politischen Forderungen verbessern und schärfen können. Außerdem ist Disability Studies einer der wenigen Forschungsbereiche in Deutschland, in dem behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammen am Abbau von Barrieren und der Verbesserung von Inklusion

forschen und arbeiten.

Wie oben beschrieben, wird Behinderung in den Disability Studies als ein gesellschaftliches Problem betrachtet; von einer Gesellschaft, die unnötige Barrieren aufgebaut hat und so bestimmte Menschen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränkt, anstatt Behinderung ausschließlich zu individualisieren, wie es sonst oft passiert.

Daraus entwickelt sich für uns als intersektionaler und antikapitalistischer Verband eine besondere Relevanz des Forschungsfeldes.

Zusätzlich ist Deutschland als Unterzeichner der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention) dazu verpflichtet, die Förderung einer inklusiven, barrierefreien Gesellschaft voranzutreiben. Der Abbau der Disability Studies widerspricht diesem Auftrag diametral. Deutschland verliert bei der Umsetzung der UN-BRK auf mehreren Ebenen den Anschluss an andere Länder. Ob es in der schulischen Bildung, im öffentlichen Raum oder in der Politik ist. In anderen Ländern, wie den USA, Großbritannien, den Niederlanden und mehreren skandinavischen Ländern wird aktiv in den Disability Studies geforscht.

Disability Studies sind essentiell, um das Zusammenleben in Deutschland solidarischer, fairer und barrierefrei zu gestalten. Deutschland darf nicht den Anschluss verlieren.

Forderungen

Deshalb stellen sich für die Grüne Jugend Köln folgende Forderungen heraus, welche sich sowohl an das Rektorat der Universität zu Köln als auch an die Landesregierung NRWs, respektive das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW.

Wir fordern die schnellstmögliche Finanzierung und Wiederaufnahme des Arbeitsbereichs "Disability Studies", samt Professur für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies und der Internationalen Forschungsstelle Disability Studies (kurz iDiS).

Zur möglichst reibungslosen Fortsetzung der Forschung soll kurzfristig die Weiterbeschäftigung der Forschenden und Mitarbeitenden angestrebt und außerdem ein eigener Studiengang als Ziel gesetzt werden.

Deutschland kommt seit Jahren schon so nicht seinen Verpflichtungen der UN-BRK

88 nach, weshalb wir eine besondere Beachtung seltener Studiengänge und
89 Forschungsbereiche bei drohenden Kürzungsmaßnahmen fordern, die an strukturellen
90 und gesellschaftlichen Wegen zu mehr Inklusion und Teilhabe forschen.

91 Daher sollte die GRÜNE JUGEND Köln verstärkt in den Austausch mit studentischen
92 Organisationen und Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung treten.

93 Mit dem Beschluss dieses Antrags spricht sich die GRÜNE JUGEND Köln für die
94 Petition des "Disability Studies Deutschland e.V." aus und unterstützt den
95 offenen Brief des "Netzwerk Disability Studies" mit ihren Forderungen.

96 Außerdem setzt sich die GRÜNE JUGEND Köln für die Umsetzung der Forderungen
97 gegenüber der Partei und der GRÜNEN JUGEND NRW ein, dazu gehört auch ein
98 Einsetzen für allgemein stärkere Anstrengungen in Sachen Inklusion in ganz
99 Deutschland.

Begründung

Während Deutschland seinen Verpflichtungen nach der UN-Behindertenrechtskonvention nicht nachkommt und Rechte und Konservative Hetze und Zweifel gegenüber Inklusion verbreiten, wird jetzt auch die Forschung unter den Bus geworfen. Im Zuge der Hochschulkürzungen wurden Ende letzten Jahres zwei von drei Forschungseinrichtungen im Feld der Disability Studies gestrichen.

Wir stellen uns hinter die Forderungen des "*Disability Studies Deutschland e.V.*" zur sofortigen Wiederaufnahme und Finanzierung der Forschungsbereiche, sowie eine höhere Anerkennung seiner Forschung.

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND Köln (dort beschlossen am: 10.03.2026)

Titel: **NOlympia**

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Köln lehnt die Bewerbung der Region "KölnRheinRuhr" für die
2 Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036, 2040 und 2044 ab. Wir rufen
3 die Wahlberechtigten in Köln öffentlich auf, beim Ratsbürgerentscheid am 19.
4 April 2026 mit NEIN zu stimmen. Dafür setzen wir uns aktiv im Rahmen einer
5 NOlympia-Kampagne ein.

Begründung

Die Region Köln-Rhein-Ruhr, Hamburg, Berlin und München bewerben sich um die Ausrichtung der Olympischen und paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044 beim Deutschen Olympischen Sportbund. Dieser wird aus den Bewerbungen eine auswählen, mit der sich Deutschland beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) um die Ausrichtung der Spiele bewirbt.

Die Olympische Spiele versprechen Klimaschutz, Wirtschaftswachstum, sozialen Ausgleich und Zusammenhalt in einer gespaltenen Gesellschaft. Aber Olympia ist nur eine Projektionsfläche für diese heile Welt. Denn die IOC-Spiele sind eine gewinnorientierte Großkommerzveranstaltung, bei der es statt um sportliche Leistung und internationalen Zusammenhalt um Gewinne für das IOC zulasten von Köln und einer lebenswerten Zukunft geht.

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2036, 2040 und 2044 der Region KölnRheinRuhr.

I. Mobilität für Menschen, nicht für Olympia

ÖPNV und Infrastruktur

NRW ist Stauland Nr. 1 und um den öffentlichen Nahverkehr ist es kaum besser bestellt: Busse und Bahnen sind überlastet, sowohl im städtischen als auch im regionalen Netz. Die bisherigen ÖPNV-Zielnetze reichen schon ohne Olympia nicht aus. Der Hauptgrund dafür ist, dass der Takt der Bahnen schon jetzt deutlich über der Kapazität der Strecken liegt. Olympia verschärft dieses Problem durch Sonderzüge und ein höheres Verkehrsaufkommen noch weiter.

Außerdem würde Olympia für eine Repriorisierung des Netzausbaus sorgen. Statt für den Alltagsbedarf der Bürger*innen würde für Olympia gebaut werden. Profitieren würden Sportstätten und zentrale Gebiete, während der Ausbau in strukturschwachen Regionen und auf wichtigen Pendlerrouen verzögert wird.

Olympia sorgt also nicht für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur, sondern verzögert und verlagert sie sogar.

Olympic Lanes

Den IOC Richtlinien für Host-Städte folgend müsste jede verwendete Sportstätte mit einer "Olympic-Lane" mit dem Olympischen Dorf verbunden werden. Schon in Paris und London wurden hunderte Straßenkilometer zu Olympic Lanes und damit für den täglichen Verkehr unbrauchbar. In NRW würden Olympic Lanes aber durch die großen Distanzen zu deutlich größeren Einschränkungen auf den Autoverkehr führen. Noch dazu könnten Fahrradspuren den Olympic Lanes zum Opfer fallen.

II. Warum wir dem IOC und dem DOSB nicht vertrauen

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) kümmert sich um die Bewerbung in Deutschland. Das Internationale Olympische Komitee, kurz IOC, versteht sich als Schirmherr der Olympischen Bewegung und ist für die Austragung der Olympischen Spiele verantwortlich.

Das IOC ist eine korrupte und undemokratische Organisation

Das IOC (Internationales Olympic Committee) ist eine zutiefst undemokratische Organisation. Bestehende Mitglieder wählen neue Mitglieder selbst und der IOC vertritt weder internationale Sportler*innen oder Sportverbände noch Sportfans aus allen Ländern. So kontrolliert sich das IOC im Grunde selbst, ohne echte externe Kontrolle.

Während Verbände wie der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) oder die Union of European Football Associations (UEFA), die auf nationaler bzw. europäischer Ebene agieren, durch staatliche Akteure wie die Bundesregierung bzw. die Europäische Union kontrolliert werden, existieren auf internationaler Ebene de facto keine vergleichbaren Akteure. Trotz fehlender staatlicher Kontrolle hat das IOC großen politischen und finanziellen Einfluss. Entscheidungen werden oft wenig transparent von einer kleinen Führungsgruppe

getroffen. Frühere Korruptionsskandale und die Vergabe an autoritär regierte Staaten werfen Zweifel hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit auf. So wird das IOC immer wieder mit Vorwürfen wie der Instrumentalisierung, Kommerzialisierung oder der Einschränkung von Meinungsfreiheit konfrontiert. Zudem ist das IOC in seiner Struktur klar auf Gewinn ausgerichtet: Profit steht häufig über dem Sport selbst.

Anspruch und Realität

Das IOC bekennt sich öffentlich zu Nachhaltigkeit und Demokratie. Allerdings müssen Schienen, Stadien und Olympisches Dorf zu Olympia fertig sein. Es ist zu erwarten, dass unter dem Zeit- und internationalem Erwartungsdruck über demokratische Werte und Rechte wie Bürgerbeteiligung, Datenschutz, Arbeitsschutz, Klima- und Umweltschutz hinweggesehen wird. Die Richtlinien und Agenden, mit denen sich IOC und DOSB zu Umweltschutz und Gesetzeskonformität verpflichten, sind nutzlos: Die ultimative Sanktion der Nichteinhaltung dieser Richtlinien, nämlich die Absage der Spiele, wird das IOC nicht umsetzen.

Olympische Knebelverträge

Der Vertrag zwischen IOC und der gastgebenden Region ist alles andere als ausgeglichen. Während die Host City die Olympischen Spiele nur „mietet“ und kaum wirtschaftlich von ihnen profitiert, wird dem IOC Steuerfreiheit garantiert. Der Stadt – und dem demokratisch gewählten Stadtrat – bleibt kaum Entscheidungsspielraum. Mit Knebelverträgen nimmt das IOC den Gemeinden die kommunale Selbstverwaltung und die Gestaltungsmacht über die Ausrichtung der olympischen und paralympischen Spiele.

III. Ironie der Geschichte: 100 Jahre nach den Hitler-Spielen

Die Olympischen und paralympischen Spiele haben in Deutschland keine ruhmreiche Vergangenheit. Von den drei Mal, die Deutschland die Sommerspiele zugesichert bekommen hat, konnten nur zwei stattfinden: 1916 mussten die Spiele wegen des durch Deutschland begonnenen ersten Weltkriegs ausfallen. Beim nächsten Versuch konnten sie dann 1936 unter Adolf Hitler stattfinden und aufgrund der neu erfundenen Übertragungsmöglichkeiten einige Zuschauerrekorde aufstellen. Die Olympischen Spiele waren eine internationale Propagandamaschine für das menschenverachtende Nazi-Regime, die die antisemitische und rassistische Politik verschleierte.

Auch wenn diese Spiele schon 1923 und damit vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten an Deutschland vergeben wurden, wurde Deutschland auch für die Winterspiele 1940 kurzfristig noch ausgewählt. Auch heute haben sich die Prioritäten nicht sonderlich verändert: Es geht nicht um Gemeinsamkeit, faire sportliche Wettkämpfe oder Klima und Umweltschutz, sondern ausschließlich um Geld. Das zeigt sich auch darin, dass es im offiziellen Fanshop des IOC darüber hinaus ein Fan-Shirt der Nazispiele 1936 gibt, das das IOC mit dem "Sportgedanken im Mittelpunkt" verteidigte.

In Zeiten, in denen sich eine rechtsextreme Partei, deren Mitglieder sich immer wieder an Reden und Symbolik der Nationalsozialisten orientierten, bundesweit im Aufschwung befindet, ist eine deutsche

Olympiabewerbung für 2036 unpassend. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich gegen eine Bewerbung für das Jahr 2036 ausgesprochen.

IV. Nachhaltige Spiele?

Die durch die Olympischen und Paralympischen Spiele verursachten Emissionen sind enorm und befeuern den Klimawandel, der den Planeten für uns und nachkommende Generationen immer lebensfeindlicher macht. Köln hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Mit dem Ziel Kölns bis 2035 klimaneutral zu sein, ist die Bewerbung in jedem Falle nicht vereinbar. Bei vergangenen Spielen hat sich gezeigt, dass im Bereich der Nachhaltigkeit schnell Kompromisse eingegangen werden.

Zur Einordnung: Der erwartete Treibhausgasausstoß für die olympischen Spiele in Paris 2024 waren 1,58 Millionen Tonnen CO₂, die Olympische Sommerspiele in Rio 2016 verursachten allerdings einen zusätzlichen Ausstoß von 34,8 Millionen Tonnen CO₂ und die olympischen Winterspiele 53,9 Millionen Tonnen CO₂.

Die bloße Ausrichtung (ohne Reisen) der Olympischen und Paralympischen Spiele entspricht also etwa dem Ausstoß von im besten Fall 153 000 Kölner*innen bis zu – im schlimmeren Fall – 5 Millionen Menschen (also dem Jahresausstoß von Berlin, München und Köln zusammen).

In der Vergangenheit haben Spiele zudem zu Abholzung, der Zerstörung von Naturschutzgebieten, Flächenfraß und Wasserverschmutzung geführt. Insgesamt ist festzustellen, dass in den zwei Jahren der Vorbereitung und Durchführung der olympischen Sommerspiele die Treibhausgasemissionen des Ausrichtungslandes steigen, was der deutschen Verpflichtung der Emissionsreduzierung widerspricht.

Planung und Vorbereitung durch das IOC

Die Emissionen, die alleine durch Planung, Vorbereitung und Manager*innenflüge entstehen, entsprechen denen von ca. 153.000 Kölner*innen in einem Jahr. Diese Emissionen wären zu 70% vermeidbar, wenn sich die Leitungsebene des IOC zumuten würde, den Zug zu nehmen.

*Fan und Sportler*innenanreisen*

Das IOC verweist gerne auf Zahlen, dass 80% (?) der Zuschauer*innen zu den olympischen Spielen zu Fuß und mit dem Fahrrad anreisen würden. Was dabei verschwiegen wird, ist dass die internationalen Besucher zuvor mit Auto, Flugzeug oder gar Privatjet anreisen. Angesichts der Kosten, Umständlichkeit und Unzuverlässigkeit des europäischen Schienenverkehrs ist zu erwarten, dass Gäste auch aus naheliegenden Metropolen wie London, Paris oder Amsterdam nicht mit dem Zug anreisen. Der Transport der ca. 3,7 Millionen Zuschauer*innen (München) sowie ihre Unterbringung und Konsum könnten einmal das Vierfache der Spiele emittieren.

Bauemissionen

Die Olympiabewerbung verspricht „100% bestehende oder temporäre Sportstätten“. In Köln muss zur Durchführung der IOC Spiele ein Leichtathletikstadion sowie das olympische Dorf, in dem die Sportler*innen untergebracht sind, gebaut werden. Der Bau eines Gebäudes dieser Dimension verursacht enorme Emissionen und Abfall, der entsorgt werden muss. Das temporäre Stadion muss anschließend noch einmal in ein Wohnviertel umgebaut werden. Olympische Sportanlagen werden selten nachgenutzt, und kosten für einmalige Nutzung zu viel Geld und Emissionen.

Greenwashing

Die Behauptung, es würden 100% bestehende oder temporäre Sportstätten genutzt, ist reines Greenwashing: Temporäre Sportstätten und aufwändige Umbauten (wie z. B. der Veltins-Arena vom Fußball- zum Wassersportstadion) können nicht nachhaltig sein. Auch temporäre Sportstätten nutzen Ressourcen und verursachen Abfall. Auch die Kompensation von „unvermeidbaren Emissionen“ kann getrost als Greenwashing bezeichnet werden.

V. Unsoziale Spiele

Soziale Säuberungen

Die Ausrichtung der olympischen und paralympischen Spiele führte in der Vergangenheit nahezu immer dazu, dass tausende Menschen aus den Städten verdrängt wurden.

Um das Image zu polieren, wird der legale Rahmen gespannt: Für die olympischen Spiele in Peking 2008 wurden 1,5 Millionen Menschen zwangsumgesiedelt. Seit den Olympischen Spielen 2010 in Vancouver ist die Polizei berechtigt, Obdachlose von der Straße zu zwingen. In und um Paris wurden 19.500 Personen innerhalb 1,5 Jahren aus ihren Unterkünften geräumt, was meistens in Obdachlosigkeit endete. Damit die Spiele nicht auf Kosten der Vulnerabelsten der Gesellschaft ausgetragen werden, müssten diese Menschen von Anfang an mitbedacht werden. Das sehen wir in der Olympiabewerbung KölnRheinRuhr und der aktuellen Politik in Köln nicht.

Erst Olympisches Dorf, später Luxuswohnungen

Das Olympische Dorf ist fern von sozialer Gerechtigkeit. Obwohl soziale Wohnungen versprochen wurden, liegen die Mietpreise der Wohnungen im Pariser Olympiadorf bereits 30% über denen in der Umgebung.

Unfaire Ticketpreise

Die IOC-Spiele sollen in Kreuzfeld (Chorweiler) stattfinden. Die Belastung durch Lärm und infrastrukturelle Belastung trifft dort besonders Menschen, die aufgrund der hohen Ticketpreise nicht in der Lage sein werden, an den Spielen teilzuhaben.

VI. Wirtschaft und Kosten

Kurzfristiger und einzelner wirtschaftlicher Effekt der Spiele

Der Hauptprofiteur der Spiele wird nicht Köln oder die Metropolregion Rhein-Ruhr sein, sondern das IOC.

Bei bisherigen Spielen gab es keine messbaren wirtschaftlichen Effekte der Sommerspiele. Regional steigt der BIP pro Kopf im Jahr der Spiele und ein Jahr davor um zwischen 3 und 4% an. Dieser Effekt ist hauptsächlich auf Tourismus und Investitionen in Infrastruktur zurückzuführen. Nur eine kleine Zahl von Unternehmen, dabei insbesondere ausländische Investment-Gesellschaften, profitieren tatsächlich von der Ausrichtung der olympischen und paralympischen Spiele. Dass sich diese durch massive Lobbyarbeit über die Wirtschaftsinitiative KölnRheinRuhr stark für eine Ausrichtung der Olympischen Spiele einsetzen, ist zumindest fragwürdig.

Mit dem Fokus auf Köln als „Lead City“ ist auch für die strukturschwächeren beteiligten Kommunen kein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung zu erwarten. Kurzzeitige wirtschaftliche Strohfeuereffekte stehen nicht in Verhältnis mit den immensen, oft unvorhersehbaren Kosten der Spiele.

Hohe und unvorhersehbare Kosten für die Ausrichtung

Die Kosten für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele KölnRheinRuhr werden vom DOSB auf bis zu 2 Milliarden Euro geschätzt. In der Vergangenheit wurden die Spiele aber immer wesentlich teurer als vorhergesagt.

Für eine Kostenschätzung hilft der Blick auf die Kosten vergangener Spiele und die Kostenkalkulation der Mitbewerberstädte: Die Olympischen Spiele in Paris 2024 kosteten den französischen Staat 6,6 Mrd., wobei 3,02 Mrd. Euro auf die Organisation (davon 1,44 Mrd. für Sicherheit) und 3,63 Mrd. für Infrastruktur entfielen. Die olympischen Spiele in Tokio 2020 kosteten 11,3 Mrd. Ein Gutachten der Technischen Universität München rechnet mit „gut 18 bis 21 Milliarden Euro“ für die Olympischen Spiele 2036-2044 in München.

Der DOSB argumentiert, dass den Ausgaben höhere Einnahmen durch Ticketverkäufe und Tourismus entgegenstünden. Die Generation von privatwirtschaftlichen Einnahmen schließt aber keine staatliche Finanzlücke.

In der aktuell angespannten Haushaltslage von Kommunen, Ländern und Bund würden Bewerbung und Durchführung zusätzliche, vermeidbare Belastungen mit sich ziehen.

Ausgaben an der falschen Stelle

Der Kölner Stadthaushalt wies 2024 bereits ein Defizit von 293,4 Mio. Euro auf, im Jahr 2025 war es schon über ein halbe Milliarde. Die möglichen Schulden 2029 belaufen sich bereits auf 10 Milliarden. Die Ausrichtung

der Olympischen Spiele kann sich Köln einfach nicht leisten.

Die angespannte Haushaltslage in Köln hat schon jetzt Folgen: Es fehlen Mittel für sanierte Schulen, ausreichend Kita-Personal, eine leistungsfähige KVB, intakte Schwimmbäder, Turnhallen und Sportplätze. Statt in ein zeitlich begrenztes Mega-Event zu investieren, braucht Köln dauerhaft starke Strukturen im Alltag: guten Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und nachhaltig geförderten Breitensport.

Kosten der Bewerbung

Einen signifikanten Kostenpunkt stellt bereits die DOSB-Bewerbung auf die olympischen Spiele da. Die Bürgerentscheide am 19. April 2026 in 16 Kommunen sollen einen „niedrigen zweistelligen Millionenbetrag“ kosten, wobei das Land 85% übernehmen will und bereits 9,5 Mio. eingeplant hat. Der Bürgerentscheid in Köln wird etwa 2,5 Mio. Euro plus 300.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit kosten, woran sich die Stadt mit 373.000 Euro beteiligt. Laut dem Landessportbund NRW würde die Öffentlichkeitskampagne bis dahin 20 Mio. Euro kosten.

Diese Kosten entstehen unabhängig davon, ob die DOSB-Entscheidung für eine Bewerbung Kölns fällt. Zudem entstehen sie auch in allen Städten, die sich auf die olympischen Spiele bewerben, also Hamburg, Berlin und München.

Sollte die Vorauswahl des DOSB auf Köln fallen, kommen noch die Kosten für die Bewerbung beim IOC dazu. Wieder lohnt sich ein vergleichender Blick in die Vergangenheit und auf Mitbewerberinnen: München rechnet dafür mit 29 Mio. Euro; die Bewerberstädte für 2020 haben zwischen 38,6 Mio und 83,3 Mio US-Dollar ausgegeben.

Olympia auf Kosten des Breitensports

Die vermehrten Investitionen in IOC-Spiele führen zu einer Vernachlässigung von Jugend- und anderen Sportvereinen. Trotz aller Werbung des IOC besteht kein Zusammenhang zwischen IOC-Spielen und der Förderung lokalen Breitensports.

VII. Inklusion

Die Paralympischen Spiele sollen laut der Bewerbung KölnRheinRuhr eine nie dagewesene Aufmerksamkeit erhalten: Angeblich sollen dieselben Sportstätten für dieselben Sportarten genutzt werden.

Dieses Versprechen kann nicht gehalten werden: Nicht nur, dass die Sportarten weitestgehend nicht dieselben sind. Letztendlich ist im Größten bei den Paralympics verwendeten Stadion nur Platz für 18.000 Menschen, während bei den Olympics 50.000 BeisitzerInnen können.

Auch dass die Stadt durch Olympia barrierefreier werden könnte, ist unplausibel: Barrierefreie Haltestellen

braucht Köln auch ohne Olympia, und zwar dort, wo Menschen sie nutzen, nicht nur am Stadium.

Zudem ist umstritten, ob die Paralympischen Spiele einen positiven Einfluss auf die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen haben.

VIII. Freiheitsbeschränkung

Die Abhaltung der olympischen Spiele geht immer mit der Einschränkung ziviler Freiheiten einher.

Meinungsäußerungen sind bei offiziellen Zeremonien, wie Siegerehrungen oder der Eröffnungs- und Schlussfeier, auf dem Spielfeld und im Olympischen Dorf strikt verboten. Das IOC hat in der Vergangenheit Demonstrationen im Umfeld der olympischen Spiele verboten.

Die Olympischen Spiele dienen zudem seit Jahrzehnten als „Testgelände“ für neue Sicherheits- und Überwachungstechnologien. Was für die Spiele eingeführt wird, bleibt oft dauerhaft bestehen – mit weitreichenden Folgen für Bürgerrechte und Privatsphäre. In Paris wurde algorithmische Videoüberwachung eingeführt. Und auch in Deutschland gibt es Präzedenzfälle bei Sportgroßveranstaltungen: Bei der EM 2024 wurden Standortdaten der Nutzer*innen der UEFA-App zur EM (deren Installation für das kostenlose ÖPNV-Ticket erforderlich war) gesammelt, mit denen die Polizei die Besucherlage in Echtzeit überwachte. Ein ähnliches Vorgehen ist auch bei Olympia zu erwarten.

IX. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ja, die Austragung der olympischen Spiele können ein Gefühl der Gemeinschaft erzeugen und Zufriedenheitswerte erhöhen. Allerdings fallen diese Effekte besonders für Haushalte mit höherem Einkommen positiv aus, und die Wirkung geht nicht über die Dauer der Spiele hinaus. Reale Probleme werden nur überdeckt, nicht behoben.

Zusammenfassung

Wir wollen zuverlässigen Nahverkehr, gute Infrastruktur, Klimaschutz und nachhaltige Investitionen in Jugend und Breitensport. Olympia allerdings ist nicht das Mittel dazu, denn Olympia ist kein Instrument der Wirtschaftsförderung oder des Klimaschutzes, sondern eine Sportgroßveranstaltung des IOC. Wir brauchen Olympia nicht als Grund, um dringende Probleme zu lösen, die wir schon heute effektiver, schneller und kostengünstiger umsetzen könnten.

Antrag

Initiator*innen: Ida (KV Köln)

Titel: **Positionierung zur Debatte zu Alterskontrollen
für Social Media**

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Köln spricht sich gegen ein pauschales Social-Media-Verbot für
2 Kinder und Jugendliche aus. Ebenso lehnen wir Identitätsnachweise als
3 Altersnachweis ab.

4 Soziale Medien haben einen großen Einfluss auf das Leben von jungen Menschen und
5 die gesamte Gesellschaft. Mit ihnen gehen allerdings viele Probleme einher.

6 Kinder und Jugendliche sind besonders vor den Gefahren, die mit der Nutzung von
7 Social Media verbunden sind, zu schützen. Allerdings ist eine Altergrenze kein
8 angemessener Weg, diese zu beheben.

9 Die Nutzung von Sozialen Medien ist unabhängig des Alters der Nutzer*innen mit
10 verschiedenen Sorgen belegt:

11 Das Design vieler Apps begünstigt ein ungesundes Medienverhalten. Gewisse
12 Inhalte können einen negativen Einfluss auf die physische und mentale Gesundheit
13 von der Nutzer*innen haben. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind häufig nicht
14 altersgerechten Inhalten ausgesetzt, etwa Gewalt oder sexuellen Inhalten.
15 Zusätzlich zu nennen sind auch die Gefahren von Cybergrooming, Cybermobbing und
16 Hass im Netz. Zu beobachten ist außerdem eine Zunahme von Falschinformationen,
17 die auf Kinder bereits früh einwirken können.

18 Für alle diese Probleme müssen wir Antworten finden. Diese müssen allerdings
19 passgenau sein, und die Rechte und Interessen junger Menschen berücksichtigen.

Kinder haben gemäß Artikel 17 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilhabe an Medien. Ein generelles Verbot verstößt gegen dieses Recht, insbesondere, wenn diese Entscheidung ohne Einbeziehung der Betroffenen getroffen wird. Wie in vielen Dingen wurde auch zum Thema Social Media-Verbot zwar über, aber nicht mit jungen Menschen gesprochen. Eine Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen ist in einer Demokratie unerlässlich.

Soziale Medien sind trotz der negativen Schlagzeilen ein zentraler Bestandteil im Alltag von Jugendlichen. Sie sind Ort des Austauschs und der Gemeinsamkeit, der Bildung und Selbstentfaltung. Viele Jugendliche nutzen z.B. Instagram oder Discord, um Freundschaften trotz örtlicher Distanz zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. Sie teilen Memes und leben ihre Kreativität mit der Erstellung eigener Inhalte aus.

Unter anderem für queere, migrantisierte oder anderweitig diskriminierte Jugendliche können soziale Medien ein Ort sein, um die eigene Identität zu entdecken, Gleichgesinnte zu finden und sich gegenseitig zu bestärken. Soziale Medien geben Stimmen, die sonst nicht gehört werden, einen Raum. Der Diskurs wird vielfältiger und viele politische Bewegungen nehmen ihren Ursprung in den sozialen Medien.

Mit Alterskontrollen auf Social Media können zudem Gefahren für Kinder und Jugendliche einher:

Ein Social-Media-Verbot setzt eine zuverlässige Altersverifikation voraus, und das für alle. Das bringt immer das Risiko eines Verlust von Anonymität im Internet mit. Anonymität im Internet ist ein schützenswertes Gut und der Schutz von Kindern darf nicht als vorgeschobener Grund für Überwachung dienen.

Zudem ist eine Umsetzung der Altersverifikation kaum mit dem Datenschutz vereinbar. Ausweise und insbesondere biometrische Daten sind besonders schützenswert. In vergleichbaren Anwendungsfällen kam es bereits zu Sicherheitslücken: Discord, eine Chatplattform, musste eine geplante Alterskontrolle verschieben, weil eklatante Sicherheitslücken und ein grob fahrlässiger Umgang mit den persönlichen Daten der Nutzer*innen durch den beauftragten Dienstleister bekannt wurden.

Für Altersnachweise können auch algorithmische Prozesse eingesetzt werden, die anhand von Gesichtserkennung das Alter der Nutzer*innen bestimmen soll. Diese KI-gestützten Prozesse können diskriminierend sein: Unter anderem funktioniert gesichtserkennungsgestützte Alterserkennung bei schwarzen Menschen schlechter als bei weißen. Auch eine Altersverifikation basierend auf einer Analyse des

Nutzungsverhaltens ist invasiv und kann bei falschen Ergebnisse benachteiligen. Eine Umsetzung wäre zudem kaum barrierefrei umsetzbar, sodass nicht nur Kinder und Jugendliche ausgeschlossen, sondern auch Senior*innen und Menschen, die aufgrund Behinderungen eingeschränkt sind.

Es ist zu erwarten, dass bei Einführung eines Social-Media-Verbots junge Menschen innerhalb kürzester Zeit Wege finden das Verbot zu umgehen. Ob mit gefälschten Nachweisen oder dem Account der Eltern, ein Verbot ist realistisch nicht durchzusetzen.

Ein Social-Media-Verbot kann bestehende Probleme ins Geheime verschieben. Jugendliche und Kinder, die verbotenerweise soziale Medien nutzen, werden höhere Hemmungen haben, ihren Eltern und Freunden von nicht altersgerechten Inhalten und unangebrachtem Verhalten zu erzählen. Es besteht die Gefahr, dass Straftaten durch Dritte nicht von jungen Nutzer*innen aufgrund ihres zu jungen Alters nicht zur Anzeige gebracht werden. Statt offen problematische Inhalte zu besprechen, werden diese verschwiegen.

Das Problem der Abhängigkeit von sozialen Medien besteht nicht nur bei Kindern und Jugendlichen sondern auch bei Erwachsenen. Eine pauschale Altersgrenze würde Betroffenen über 18 Jahren nicht helfen und gleichzeitig suggerieren, das Problem wäre gelöst.

Gleichzeitig bedeutet es eine Verschiebung des Beginns einer potenziellen Abhängigkeit und der Konfrontation mit gefährlichen Inhalten vom Kindes- ins Jugendalter. Stattdessen sind Medienbildung, Hilfsangebote und ein verantwortungsvollen Umgang mit Social Media in den Vordergrund zu rücken.

Die eigentlichen Verursacher des Problems, die Anbieter und Betreiber der Social-Media-Apps selbst, müssen in Verantwortung genommen werden: Existierende rechtliche Möglichkeiten wie der europäische Digital Services Act (DSA) und die Jugendschutzrichtlinien der Europäischen Kommission werden bislang nicht konsequent durchgesetzt. Bereits jetzt sind Unternehmen verpflichtet, ihre insbesondere minderjährigen Nutzer*innen zu schützen. Vernachlässigen sie nachweislich diese Pflicht, sind sie in die Verantwortung zu nehmen. Statt nationalen Alleingängen ist dabei auf die Markt- und Regelungsmacht der Europäischen Union zu setzen.

Statt Alterskontrollen wollen wir den aktuellen Diskurs nutzen, um soziale Medien und die Erfahrung im Internet für alle Menschen zu verbessern.

Begründung

erfolgt mündlich

Der Antrag wird von Hanna, Ida und Maxi gestellt. Danke für alle Gespräche, die wir zu dem Thema mit euch allen führen durften, und all eure Ideen und Denkanstöße!

Antrag

Initiator*innen: Alexander Preißler

Titel: **Behinderungsforschung nicht hindern:
Wiederaufnahme der Disability Studies an der
Universität zu Köln**

Antragstext

1 Am 03.12.2025 hat die Humanwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln
2 bekanntgegeben, dass die "internationale Forschungsstelle Disability Studies"
3 (iDiS) und die "Professur für Soziologie und Politik der Rehabilitation,
4 Disability Studies" im Zuge weitreichender Streichungen aufgelöst werden sollen.

5 Um die Schließung zu verstehen ist wichtig: Bildung ist grundsätzlich
6 Ländersache. Dabei besteht etwa 80% der Finanzierung von Hochschulen aus der
7 Grundfinanzierung des jeweiligen Bundeslandes. Damit verwalten sich die
8 Universitäten größtenteils selbst. Sie kümmern sich um die Berufung und
9 Bezahlung von Professor*innen, den Gehältern des Personals und die Infrastruktur
10 für Forschung und Lehre.

11 Die Landesregierung NRW plant Kürzungen von 158 Millionen Euro pro Jahr im
12 Hochschulbereich: Bei der jährlichen Grundfinanzierung, die den Hochschulen für
13 die Bezahlung des Personals und die Infrastruktur zustehen, sollen 120 Millionen
14 Euro wegfallen. Dazu kommt eine einmalige Abgabe von 240 Millionen Euro aus den
15 Rücklagen der Hochschulen. Fixkosten, wie Miete und Energie, kann schwer gekürzt
16 werden. Deshalb wird bei Personal und Lehrangebot gespart und 7-8% der Stellen
17 gestrichen. Das führt nicht nur zu weniger Vorlesungen, Unterstützungsangeboten
18 und höheren Studiengebühren, sondern auch zur Streichung von kleineren
19 Studiengängen. Vielfalt im Studienangebot wird abgebaut.

20 In Köln sollen 10 Millionen Euro pro Jahr einspart werden. 60 % davon bei
21

Fakultäten, 40 % bei zentralen Diensten und Verwaltung. Leider wurde damit auch die Streichung der "iDiS" beschlossen.

Diese Streichung kommt nach Ankündigungen, laut denen das "Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung" (ZeDiSPlus) in Hamburg aufgelöst werden soll. Damit bleibt in Deutschland nur noch die Forschungseinrichtung für Disability Studies in Bochum bestehen. 2/3-tel der Forschungskapazität fällt weg!

Was sind Disability Studies?

Disability Studies sind ein transdisziplinäres, international ausgerichtetes und höchst innovatives Forschungsfeld, das traditionelle Sichtweisen auf Behinderung hinterfragt und neue Denkweisen anregt: Im Mittelpunkt steht die Analyse von Behinderung als soziales Phänomen. Ihr Ansatz ist damit gesellschaftskritisch und grundlagentheoretisch angelegt – Behinderung wird nicht als individuelles Defizit verstanden, sondern die gesellschaftlichen Barrieren werden ebenso in den Blick genommen wie die Normierungs- und Normalisierungsprozesse sozialer Ungleichbehandlung.

Seit den frühen 2000er-Jahren sind die aus den internationalen Behindertenbewegungen hervorgegangenen Disability Studies auch im deutschsprachigen Raum an verschiedenen Hochschulen und Universitäten vertreten. Es gibt Forschungsaktivitäten und Lehrangebote, aber es gibt noch keine eigenständigen Studiengänge.

Disability Studies verstehen sich als Querschnittsdisziplin; sie entwickeln neues Wissen, Theorien und Methoden, die weit über den traditionellen Behinderungsdiskurs hinausgehen und den Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ praktisch umsetzen. Zentral ist die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

Warum Disability Studies unverzichtbar sind.

Dieses Forschungsfeld zu erhalten und auszubauen, muss für uns als GRÜNE JUGEND Priorität haben. Wir sind als solidarischer und inklusiver Verband darauf angewiesen, dass Grundlagenforschung zu Inklusion, Partizipation und weiteren Teilen des Behindertendiskurses stattfindet, damit wir unsere Prozesse, unser Zusammenleben im Verband und unsere politischen Forderungen verbessern und schärfen können. Außerdem ist Disability Studies einer der wenigen Forschungsbereiche in Deutschland, in dem behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammen am Abbau von Barrieren und der Verbesserung von Inklusion

forschen und arbeiten.

Wie oben beschrieben, wird Behinderung in den Disability Studies als ein gesellschaftliches Problem betrachtet; von einer Gesellschaft, die unnötige Barrieren aufgebaut hat und so bestimmte Menschen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränkt, anstatt Behinderung ausschließlich zu individualisieren, wie es sonst oft passiert.

Daraus entwickelt sich für uns als intersektionaler und antikapitalistischer Verband eine besondere Relevanz des Forschungsfeldes.

Zusätzlich ist Deutschland als Unterzeichner der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention) dazu verpflichtet, die Förderung einer inklusiven, barrierefreien Gesellschaft voranzutreiben. Der Abbau der Disability Studies widerspricht diesem Auftrag diametral. Deutschland verliert bei der Umsetzung der UN-BRK auf mehreren Ebenen den Anschluss an andere Länder. Ob es in der schulischen Bildung, im öffentlichen Raum oder in der Politik ist. In anderen Ländern, wie den USA, Großbritannien, den Niederlanden und mehreren skandinavischen Ländern wird aktiv in den Disability Studies geforscht.

Disability Studies sind essentiell, um das Zusammenleben in Deutschland solidarischer, fairer und barrierefrei zu gestalten. Deutschland darf nicht den Anschluss verlieren.

Forderungen

Deshalb stellen sich für die Grüne Jugend Köln folgende Forderungen heraus, welche sich sowohl an das Rektorat der Universität zu Köln als auch an die Landesregierung NRWs, respektive das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW.

Wir fordern die schnellstmögliche Finanzierung und Wiederaufnahme des Arbeitsbereichs "Disability Studies", samt Professur für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies und der Internationalen Forschungsstelle Disability Studies (kurz iDiS).

Zur möglichst reibungslosen Fortsetzung der Forschung soll kurzfristig die Weiterbeschäftigung der Forschenden und Mitarbeitenden angestrebt und außerdem ein eigener Studiengang als Ziel gesetzt werden.

Deutschland kommt seit Jahren schon so nicht seinen Verpflichtungen der UN-BRK

88 nach, weshalb wir eine besondere Beachtung seltener Studiengänge und
89 Forschungsbereiche bei drohenden Kürzungsmaßnahmen fordern, die an strukturellen
90 und gesellschaftlichen Wegen zu mehr Inklusion und Teilhabe forschen.

91 Daher sollte die GRÜNE JUGEND Köln verstärkt in den Austausch mit studentischen
92 Organisationen und Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung treten.

93 Mit dem Beschluss dieses Antrags spricht sich die GRÜNE JUGEND Köln für die
94 Petition des "Disability Studies Deutschland e.V." aus und unterstützt den
95 offenen Brief des "Netzwerk Disability Studies" mit ihren Forderungen.

96 Außerdem setzt sich die GRÜNE JUGEND Köln für die Umsetzung der Forderungen
97 gegenüber der Partei und der GRÜNEN JUGEND NRW ein, dazu gehört auch ein
98 Einsetzen für allgemein stärkere Anstrengungen in Sachen Inklusion in ganz
99 Deutschland.

Begründung

Während Deutschland seinen Verpflichtungen nach der UN-Behindertenrechtskonvention seit Jahren nicht nachkommt und Rechte sowie Konservative Hetze und Zweifel gegenüber Inklusion säen, wird nun die Forschung unter den Bus geworfen. Im Zuge der Hochschulkürzungen Ende letzten Jahres wurden mit Hamburg und Köln zwei der drei deutschen Forschungsstandorte in Sachen Disability Studies gekürzt.

Wir stellen uns hinter die Forderungen des "*Disability Studies e.V.*" und fordern u.a. die unverzügliche Wiederaufnahme und sichere Finanzierung der Forschungsbereiche an besagten Standorte, sowie eine höhere Anerkennung ihrer Forschung.